

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Mag. Mag. Pia Maria Wieninger (SPÖ), Nikolaus Kunrath (GRÜNE) und Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Vertragsreform der Europäischen Union

Am 9. Mai 2022 wurden die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union präsentiert. Aus diesem großangelegten Bürger:innenbeteiligungsverfahren kristallisierten sich in den Schlussfolgerungen 49 Vorschläge und 326 Maßnahmen, von denen viele nur umgesetzt werden können, wenn die Verträge geändert werden.

Weiters befinden sich mehrere Länder des westlichen Balkans in verschiedenen Phasen von Beitrittsverhandlungen, zudem wurde der Ukraine und der Republik Moldau am 23. Juni 2022 der Status eines Bewerberlandes zuerkannt. Diese Erweiterungsperspektiven sind zu begrüßen, stellen aber die aktuellen Institutionen vor große Herausforderungen, die ohne institutionelle Reformen nicht zu bewältigen sind.

Am 22. November 2023 wurde mit Hinblick auf diese Tatsachen ein Entwurf eines Berichtes über Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Änderung der Verträge (2022/2051(INL)) im Europäischen Parlament mit Mehrheit beschlossen.

Um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, wird gefordert, dass die Zahl der Bereiche, in denen Maßnahmen im Wege der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (BQM) und im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens beschlossen werden, erheblich erhöht wird. Weiters wird betont, dass es wichtig ist, die Beschlussfassung in der Union zu reformieren, um ein genaueres Abbild eines Zweikammersystems dadurch zu schaffen, dass das Europäische Parlament weiter gestärkt wird und der Abstimmungsmechanismus im Rat geändert wird. Zudem soll das Europäische Parlament das Initiativrecht für Rechtsvorschriften erhalten.

Die Transparenz des Rates der Europäischen Union soll erhöht werden, indem er verpflichtet wird, diejenigen seiner Standpunkte zu veröffentlichen, die Teil des normalen Gesetzgebungsverfahrens sind, und eine öffentliche Debatte über die Standpunkte des Rates zu organisieren.

Mit Hinblick auf die kommenden Europawahlen sollen die Rollen des Rates und des Parlaments bei der Ernennung und Bestätigung des Präsidenten der Kommission umgekehrt werden, damit die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament genauer widerspiegelt werden. In diesem Zusammenhang soll außerdem die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments in dessen ausschließliche Zuständigkeit fallen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten sowie die Bundesministerin für EU und Verfassung dazu auf, sich im Rat der Europäischen Union für die Umsetzung der Forderungen des Europäischen Parlaments sowie der Schlussfolgerungen aus der Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union mit Bezug auf Vertragsreform einzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

26.11.2023